

Solidarität

unsere Chance

Nummer 143

Juli 2019

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

Regierung:

Krise – Abwahl - Neuwahl



Es ist bezeichnend, dass Strache und Gudenus – und in der Folge die FP-Regierungsmannschaft nicht schon längst wegen ihrer rechten Umtriebe und ihrer rechten, die Menschen verachtenden und industriefreundlichen Politik zurücktreten mussten, sondern erst wegen des „Ibiza-Videos“. Das lässt tief in den Polit-, Macht-, Industrie- und Lobbysumpf blicken.

Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...

Regierung: Krise- Abwahl - Neuwahl

Es ist bezeichnend, dass nach der Veröffentlichung des Videos nur mehr vom Skandal die Rede ist, nicht mehr von der rechts-rechten Politik der FPÖ in Bundes- und Landesregierungen (ja dort weiter von ÖVP und SPÖ mit der FPÖ koalitiert wird), nicht mehr von den rechten deutsch-nationalen Burschenschafnern, nicht mehr von der engen Verbindung zwischen FP und den rechtsextremen Identitären, die Kontakte zu faschistischen Bombenlegern haben (Stichwort Christchurch), usw.

Es ist bezeichnend, dass Kurz – selbst zumindest rechts-konservativ –

- der diese Koalition mit den FP-Rechten zu verantworten hat und damit deren Aufwertung und Aufstieg und Festsetzung in Staatsämtern und staatlichen Betrieben und Institutionen,
- der die Ultrarechten zum eigenen Machterhalt und vor allem zur Errichtung einer Regierung der Industrie gewähren ließ und auf Landesebene weiter gewähren lässt,
- der zur Erfüllung der Wünsche der Industrie und seiner Sponsoren aus der Industrie zur Destabilisierung des Landes beitrug, indem er brutale Politik gegen die arbeitenden Menschen machte mit Arbeitszeitverlängerung, Auslieferung der Gelder der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten an die Unternehmer, Aufkündigung der „Sozialpartnerschaft“, Missachtung des Parlaments usw.,

dann nach Aufkündigung der Koalition mit der FP gemeinsam mit Bundespräsident Van der Bellen so tat, als sei die "Stabilität des Landes" gefährdet, wenn er, Kurz, nicht bis zu Neuwahlen im Kanzleramt bliebe.

Es ist bezeichnend, dass Kurz die rechte VP-FP-Regierung erst knapp vor der EU-Wahl platzen ließ, um sich so kurz vor der EU-Wahl als „Saubermann“ und „Aufräumer gegen rechts“ (gegen Kickl) werbewirksam hinzustellen. Sein Erfolg bei der EU-Wahl ist weniger eine Zustimmung zu ihm und zur ÖVP

gewesen als eine Ablehnung der offenen Rechts-Rechten.

Es ist bezeichnend, dass sich Kurz, der gerade noch den „Anti-Strache-Kickl“ spielte, nunmehr mit Hilfe seines Beraterstabes (Opus Dei) und der Kirche (Kardinal Schönborn) – ähnlich wie die rechten Machthaber in Polen oder Ungarn – und einem rechten evangelikalen Prediger (in ähnlich wie es Trump macht) in der Wiener Stadthalle als klerikal-rechter „Retter des christlichen Abendlandes gegen den Islam“ feiern lässt.

Es ist bezeichnend, dass in den Medien zwar das Ibiza-Video ständiges Thema ist, aber nicht davon die Rede ist, dass Video und Neuwahlausrufung durch Kurz vor der EU-Wahl davon ablenken, dass die Industrie zufrieden mit der Kurz-Politik ist. Nicht umsonst (im wahrsten Sinne des Wortes) haben Industrielle wie der KTM-Chef oder der PORR-Hauptaktionär Ortner und andere die Kurz-ÖVP mit rund 4,4 Millionen (und fast täglich werden mehr Millionen bekannt) gesponsert und die Wirtschaftsseite dafür Steuergeschenke, Arbeitsflexibilisierung und den alleinigen Zugriff auf die Sozialversicherung erhalten. Oder es wurden Spender mit Posten belohnt wie die Ortner-Tochter Iris mit einem Aufsichtsratsmandat bei der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG (OMV, Post, Verbund Telekom Austria, APK, BIG, FIMBAG, IMIB, Schoeller-Bleckmann).

Es ist bezeichnend, dass vor den letzten Nationalratswahlen 2017 die ÖVP 13 Mio. Euro und die FPÖ fast 11 Mio. Euro aus Steuer- und Spendengeldern in den Wahlkampf steckten. Sie begingen damit „glatten Gesetzesbruch“ (Prof. Peter Filzmaier, Kronen-Zeitung, 30.6.2019), weil es eine gesetzliche Wahlkampf-kostenobergrenze von 7,14 Mio. Euro gibt. Die SPÖ lag mit 7,4 Mio. Euro knapp darüber. Trotzdem tun ÖVP und FPÖ so als wäre nichts geschehen. Und die NEOS tun auf „empört“, leben aber selbst nur vom Großspender H. P. Haselsteiner, den

sie auch Politjobs zuschanzen. Widerlich!

Es ist bezeichnend, dass sich zum Beispiel gerade die NÖ-Landtags-abgeordneten per ÖVP-FPÖ-SPÖ-Antrag selbst genehmigten, zusätzlich zu ihrem Abgeordnetengehalt Spesen auch noch extra abrechnen zu dürfen – genauso wie schon die Mandatare des National- und Bundesrates. Gleichzeitig wird der Bevölkerung das Sparen gepredigt. Die Rede ist davon, dass zum Gehalt von 7.144,70 Euro pro Monat ca. plus 900,- Euro als Spesenersatz dazu kommen. Mit 900,- Euro müssen Kleinpensionist*innen ein ganzes Monat lang auskommen.

Es ist bezeichnend, dass Medien und kritische Politik zwar höchst berechtigt Straches Ansagen im Video über Parteienfinanzierung am Rechnungshof vorbei, Wasserausverkauf, Medienübernahmen, Umleitung von Staatsaufträgen verurteilten, aber kaum oder gar nicht davon sprachen, geschweige dagegen etwas unternehmen wie schon heute Staatsaufträge und Förderungen, Grundstücks- oder Immobilienwidmungen höchst merkwürdig vergeben werden:

- dass z.B. der Kurz-Vertraute Benko sich in die „Kronen-Zeitung“ einkaufte
- dass Benko das „Rudolf-Sallinger-Haus“ der Wiener Wirtschaftskammer zum Schaden der Kammermitglieder um die Hälfte des Preises (17 Mio. Euro) kaufte, um den er es dann drei Woche später (32 Mio. Euro) weiter verkaufte
- dass die Kika-Leiner-Kette mit Hilfe von „Alt“-Kanzler Kurz vom Milliardär Benko als „Kika-Leiner-Retter“ übernommen wurde und weniger als zwei Monate später 1.100 Mitarbeiter*innen gekündigt wurden
- dass Benko mit Unterstützung des Ex-Kanzlers Kurz das Leiner-Haus um 60 Millionen Euro kaufte, obwohl es auch ein Ange-

bot um 90 Millionen Euro gab (*Quelle: Addendum*).

- oder dass der Ausverkauf von Gesundheit und Staatseigentum durch die Sozialversicherungs-„Reform“ oder die Umwandlung der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBIB in eine Aktiengesellschaft (ÖBAG) vorbereitet wurde.

Es ist bezeichnend, dass im Zuge der EU-Wahl über alles Mögliche gesprochen wurde nur nicht darüber, dass alle Parteien – die NEOS ganz offen – für die Militarisierung der EU, für eine EU-Kriegsunion eintreten. Auf Politdeutsch heißt das verharmlosend, dass Österreich sich an der „EU-Verteidigungspolitik zum Schutze Europas“ beteiligen soll.

Das widerspricht total der Neutralität Österreichs! Das wird an der Bevölkerung vorbei vom Bundespräsidenten abwärts, egal welche Regierung, egal ob gewählt oder eingesetzt, exekutiert – zum Schaden der Bevölkerung und seiner Sicherheit!

Denn wer an Militärbündnissen wie der EU-Armee mitmacht, wer NATO-Truppentransporte durch Österreich zulässt, der macht unser Land im Fall des Falles selbst zum Kriegsschauplatz und zum Angriffsziel!

Es ist bezeichnend, dass Verbindungsbindungsoffiziere des Bundesheeres in sieben zivilen Ministerien sitzen (*Quelle: ORF, Ö1, 3.5.2019*) und keiner gegen die Militarisierung der Politik sich aufregt.

Es ist bezeichnend, dass der unter Türkis-Blau ausgebaute Polizei- und Überwachungsstaat kein Thema für den „grün-liberalen“ Bundespräsidenten Van der Bellen und seiner „Expertenregierung“ ist, sondern von dieser brav weiterbetrieben wird.

Es ist bezeichnend, dass das Ibiza-Video schon im August 2017 gemacht wurde, also noch vor der letzten Nationalratswahl im Oktober 2017, vor dem Sieg von Türkis und der Koalition von Kurz mit den Braun-Blauen, aber erst im Mai 2019 (!) an die Öffentlichkeit gespielt wurde. Hätte die Veröffentlichung schon vor der Nationalratswahl 2017 stattgefunden, den blau-türkisen „Wunder-



Demonstrationsparolen gegen die Kurz-Strache Regierung samt Aufforderung zum Rücktritt und Neuwahlen sofort, 18. Mai 2019, Ballhausplatz in Wien.

Wahlsieg“ hätte es nicht gegeben – im Gegenteil.

Die Industrie brauchte die Blau-Braunen als Mehrheitsbeschaffer für ihr werbewirksam und mit Millionen Euro an Wahlspenden aufgebautes „Wunderkind“ Kurz zur Installierung einer Industrie-Regierung. Die Industrie hat so ihren 12-Studentag und ihre 60-Stundenwoche zum Schaden der Arbeitenden (weniger Überstundenbezahlung, Arbeiten auf Abruf), die Übernahme der Sozialversicherung mit dem alleinigen Zugriff auf die ca. 52 Milliarden Euro Sozialversicherungsgelder der sieben Millionen Arbeiter und Angestellten. Und die Immobilienwirtschaft und die Hotellerie haben Steuergeschenke in Millionenhöhe und vieles mehr erhalten.

Es ist bezeichnend, dass Kurz bei der Aufkündigung der Koalition mit der FPÖ und im Hinblick auf Neuwahlen davon sprach, dass in Zukunft „das Land von einer Person geführt werden solle – nämlich von ihm – das trägt diktatorische Züge.

Es ist bezeichnend, dass FP-Hofer so tut als hätte die FP Konsequenzen gezogen, die FP wieder eine normale Partei, das Video ein „Ausrutscher“ sei – und Strache schon wieder an seiner Polit-Rückkehr arbeitet, in z.B.

Niederösterreich Waldhäusl und Landbauer weiter in Amt und Würden sind.

Es ist bezeichnend, dass weder ÖVP noch SPÖ, die noch mit der FP in Koalition sind, diese nicht sofort aufkündigen und sowohl Kickl, Hofer oder der Salzburger Landeshauptmann Haslauer sich eine neuerliche Regierung mit der FP vorstellen können. Die angeblich so „liberalen“ NEOS des H. P. Haselsteiner haben dem Misstrauensantrag gegen Kurz nicht zugestimmt. Der Chef der Grünen, Kogler, hat eine Zusammenarbeit mit der ÖVP nicht ausdrücklich ausgeschlossen, nur gemeint, dass die ÖVP für diesen Fall noch „einen weiten Weg gehen müsse.“

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass der ORF die Grünen – obwohl derzeit nicht im Nationalrat vertreten – zu den ORF-Diskussionsrunden zur Nationalratswahl am 29. September einladen will. Warum nicht alle wahlwerbenden Parteien und gesellschaftlich von Bedeutung seienden Gruppen wie Jugendliche, Schüler*innen, Lehrlinge, Studierende, Arbeitende, Arbeitslose, Pensionist*innen, Vertreter*innen aus Berufsvertretungen, Gewerkschaften usw.? Der ORF als öffentlich-rechtliche Institution könnte so seinem gesetzlichen Auftrag, ein

Medium der Öffentlichkeit zu sein, am passendsten und besten nachkommen.

Es ist bezeichnend, dass Kurz nicht freiwillig zurücktrat und in Absprache mit Bundespräsident Van der Bellen zunächst praktisch eine ÖVP-Alleinregierung bis zur Neuwahl installieren wollte, obwohl die ÖVP bei der Nationalratswahl 2017 von den abgegebenen Stimmen nur 32%, von allen Wahlberechtigten nur rund 25% Zustimmung erhielt, also ganz weit weg von einer alleinigen Parlamentsmehrheit war und ist. Der Misstrauensantrag gegen das ganze Kurz-Kabinett war so die logische Folge.

Es ist bezeichnend, dass dann Bundespräsident Van der Bellen eine Überraschungsgovernment einrichtete und angelobte, die als „Expertenregierung“, als Übergangsregierung bis zur nächsten Wahl angeblich nur verwalten würde.

Es ist bezeichnend, dass auch das nicht stimmt, dass die Übergangsregierung nur verwalten würde. In Wirklichkeit führt sie die meisten Projekte der per Misstrauensantrag abgewählten türkis-blauen Regierung weiter, statt diese zumindest zu stoppen oder macht schlichtweg unter dem Vorwand bloß eine „Expertenregierung“ zu sein, Politik für z.B. EU-Militarisierung und Industrie wie etwa:

- Weiterführung statt Stopp der Sozialversicherungs-„Reform“, die zu Postenschacher hin zu vor allem schwarzen Wirtschaftskammerer führt und statt „Einsparung“, Mehrkosten von zwei bis drei Milliarden Euro bedeutet und in der Folge zu mehr Selbstbehalten oder weniger Leistungen für die Versicherten führt und die Sozialversicherung für private Gesundheitskonzerne und deren Profitstreben öffnet.
- Das Begehren des Übergangs-Verteidigungsministers, Generalmajor Thomas Starlinger, dass das Bundesheer 12 Milliarden Euro bräuchte, weil es sonst nächstes Jahr „pleite“ sei, keine Auslandseinsätze mehr führen könne.

Nächstes Jahr würden 47 Mio. Euro fehlen. Doch allein die „Sicherheitsakademie“ oder die F „Air-Race“-Show kosten 30 bzw. 13 Mio. Euro und werden nicht in Frage gestellt, auch nicht die 7,7 Mio. Euro teure Werbung des Heeres unter Türkis-Blau.

Weiters muss man wissen, dass der früheren Adjutant des Bundespräsidenten Van der Bellen und Berufsheer-Befürworters ab 2013 stellvertretender Chef des „Multinationalen Kommandos Operative Führung/Multinational Joint Headquarters Ulm war, die seit dem Jahre 2013 eine Dienststelle der Streitkräftebasis der (deutschen, Anm. d. Red.) Bundeswehr mit Sitz in Ulm ist. Es stellt Personal und Material zur Planung und Führung multinationaler Einsätze der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Europäischen Union und der NATO in einem Spektrum von humanitären und friedenssichernden Operationen bis hin zu Kampfeinsätzen.“ (Quelle: wikipedia). Bundespräsident und Verteidigungsminister treten die Neutralität mit Füßen!

Es ist bezeichnend, dass nach dem Rauschschmiss der FP aus der Kurz-Regierung aufgrund des Ibiza-Videos und dem Misstrauensantrag gegen Kurz, Bundespräsident Van der Bellen trotzdem den aus dem FP-Hofer-Ministerium stammenden rechten Burschenschaftler und Straches Wehrsportler-Freund Reichhardt als neuen Verkehrsminister angelobte (Standard, 3.6.2019). Ebenso, dass er mit Alexander Schallenberg einen „Intimus von Kurz“ (Presse 2.3.2018) angelobte, bei dem zudem türkise Ex-Mitarbeiter von Kurz und Blümel „weiter an einflussreicher Stelle werken“.

Auch im Bundeskanzleramt von Neokanzlerin Bierlein ist z.B. Ex-Kurz-Regierungssprecher Launsky-Tiefenthal weiter beschäftigt (Kurier, 22.6.019). Damit wird der Misstrauensantrag gegen Kurz im Parlament praktisch unterlaufen und auch die Aussage von Neokanzlerin Bierlein, dass sie zu Kurz keinen Kontakt habe, relativiert.

Es ist bezeichnend, dass die SPÖ als größte Oppositionspartei bislang (Redaktionsschluss dieser Zeitung 30.6.2019) keinen Antrag zum Stopp der Sozialversicherungsumbaus, zum Zurück zum 8-Stunden-Tag, zur Rücknahme der „Sozialhilfe neu“, zur Zurücknahme der Unternehmergeschenke usw. einbrachte.

Es ist bezeichnend, dass Anträge der Parteien im Parlament, die am 2. Juli zur Abstimmung kommen sollen wie zum Glyphosatverbot, Papamonat, Rauchverbot in Lokalen, zur Erhöhung des Pflegegeldes, zur Abgeltung freiwilliger Helfertätigkeit, Schutz des Wassers vor Privatisierung, volle Anrechnung von Karenzzeiten vom Übergangs-Finanzminister Müller mit Kosten von rund 100 Millionen Euro angegeben, als „zu teure Wahlzuckerln“ bezeichnet werden. Das ist ein Skandal und gleichzeitig ein Fingerzeig wem auch die Übergangsregierung verpflichtet ist: der Wirtschaft, nicht den Menschen. Denn allein das Steuergeschenk an die kleine Gruppe der Hotelliers macht so viel aus wie all die oben genannten Maßnahmen für eine breite Masse von Menschen.

Es ist bezeichnend für das Demokratieverständnis der Herrschenden, dass alle großen Medien zwar gerne von einem „lebendigen Parlamentarismus“ reden, aber dann, wenn es nur ganz wenig um 100 Millionen Euro für die arbeitenden Menschen geht, das „freie Spiel der Kräfte“ im Parlament als doch zu weitgehend kritisieren.

Was sind bei Budgeteinnahmen von fast 80 Milliarden Euro im Jahr und sprudelnden Steuereinnahmen für den Finanzminister (Steigerung von 2016 auf 2019 von 71,3 Mrd. auf 79,7 Mrd. Euro, die ja zu 80% von der breiten Masse der Bevölkerung stammen) 100 Millionen Euro an Ausgaben? Gerade einmal 0,13 %! (Quelle: <https://www.bmf.gv.at> - Das Budget im Überblick).

Wer wirklich die Konsequenzen aus Türkis-Blau ziehen will, muss vom Parlament aufwärts über die Regierung bis zum Staatsoberhaupt alle rechten Umtriebe

- seien es die als „neue Gerechtigkeit“ beschönigten klerikal-autoritären von Kurz,
- seien es die als „heimatsozial“ getarnten deutschnationalen, „identitären“ oder offen faschistischen der FP oder anderer

und alle Gesetze, die die türkisblaue Regierung gegen die arbeitenden Menschen in Gang gesetzt hat per Parlamentsmehrheit stoppen, rückgängig machen und aktiv bekämpfen!

Solche und mehr Anträge sind im Parlament einzubringen, zum Beispiel:

- Aufhebung von 12-Std.-Tages/60-Std.-Woche

- Sozialversicherungs-Umbau, „Sozialhilfe neu“
- oder weitere Maßnahmen für die arbeitenden Menschen gegen:
 - Arbeitslosigkeit
 - hohe Lebensmittelpreise (5% bis 33% in Österreich teuer als im EU-Durchschnitt!)
 - Mietkostenexplosion, usw.
- etwa zum Beispiel durch:
 - Erhöhung der Pensionen der Masse der Kleinrentner*innen
 - echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
 - Vermögens-, Erbschafts- und Spekulationssteuer

- Wertschöpfungsbesteuerung usw.
- sowie für konkrete Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und zum Klimaschutz gemäß Pariser Vertrag

Werden solche und mehr Anträge im Parlament eingebracht, dann wird sich klar und deutlich zeigen wer auf welcher Seite steht.

Der Staat, das sind wir alle, die arbeitenden Menschen. Wir müssen überall in Gesellschaft und Staat das Sagen haben. Nicht die Industrie, die Lobbys, die 1% Reichen, die Polit- und Bürokratiebonzen!



Klimaspekulanten und Menschenvertreiber!

Mit großem Pomp wurde der dritte „World Summit“ zum Thema „Klimafinanzierung“ in Wien abgehalten.

Rund 1.200 Besucher*innen aus 30 Nationen folgten dem von Arnold Schwarzenegger initiierten Spektakel. Vorneweg in der ersten Reihe verfolgten der UN-Generalsekretär Guterres, Bundespräsident Van der Bellen und zahlreiche Mitglieder der gescheiterten letzten Bundesregierung die Show der Klimaspekulanten aus aller Welt.

Als Maskottchen diente die aufmüpfige schwedische Schülerin Greta Thunberg – sie durfte auch ein paar Worte an die versammelte Prominenz und Präpotenz richten. Als Hauptredner pries der Austro-Kalifornier die Elektromobilität.

„Hätte Volkswagen ein (sic) entsprechendes Fahrzeug, dann hätte ich schon fünf davon in meiner Garage,“ führte er gewohnt großspurig aus. Er war ja auch mit dem Privatjet angereist und grob geschätzt hat allein diese Europareise des Terminators die Atmosphäre mit ca. **8 Tonnen CO2** belastet. Zum Vergleich verursacht ein Mittelklassewagen

beim Zurücklegen von 12.000 Kilometern ca. **2 Tonnen pro Jahr**.

Derzeit steht jedem Menschen auf der Erde jährlich ein „CO2 Freibetrag“ von 2,3 Tonnen pro Jahr zur Verfügung, die er verbrauchen dürfte, ohne das Klima nachhaltig zum Schlechteren zu verändern. Also dieser Energieterminator mit einem ökologischen Fußabdruck in der Größe eines mittleren steirischen Dorfes gibt Ratschläge zur Erreichung der Klimaziele und wirbt für das Vorbild Kalifornien. Allein im vergangenen Jahr verbrannte in Kalifornien eine Fläche Wald, die größer als Luxemburg ist – wie in Portugal sind es auch hier intensiv hochgezogene Eukalyptusmonokulturen, die in der Dürre entflammen. Die Feuerwehren werden überwiegend mit Häftlingen bemannt, die für diese Tätigkeit einen Dollar pro Tag bekommen. Die privaten Haftanstalten, die selbstverständlich reale Stundenlöhne kassieren, verdienen ein Vermögen an diesen jährlichen Bränden mit gigantischen



Quelle: Wiener Zeitung, 14.6.2019

Emissionen von CO2, Feinstaub und sonstigen giftigen Gasen. Ein kalifornisches Programm zum Emissionshandel, das eigentlich die Abgabe von Klimagasen reduzieren sollte, hat Großgrundbesitzern hunderte Millionen Dollar in die Kassen gespült – ohne dass es tatsächlich zu einer CO2-Reduzierung gekommen wäre. Diese Ergebnisse stellen die Effektivität des gesamten Emissionsrechtshandels in Kalifornien in Frage, was weltweite Bedeutung hat. Nach diesem Modell sollten weltweit **„marktbasierte Instrumente“** zum

Emissionshandel angewandt werden (Summit heißt Gipfel und ein Gipfel der Unverschämtheit war diese Veranstaltung ohne Zweifel).

Die Repräsentanten afrikanischer Staaten versicherten bei diesem „Summit“ artig und intensiv die Entwicklung in die Richtung westlicher Industriestaaten voranzutreiben, um auch vermehrt Lebensmittel in diese exportieren zu können und baten um Spenden für die jüngsten Opfer der afrikanischen Klimakatastrophen.

Das überwiegend vom Westen und da vorwiegend von den früheren Kolonialherren versaute Klima wendet sich besonders gegen die südliche Erdhalbkugel und hier gegen den größten Kontinent Afrika. Von den Klimaspekulanten ist aber entsprechend des angeführten Emissionshandels nur eine zusätzliche Verschärfung der prekären Lage zu erwarten.

EPA-Verträge (Economic Partnership Agreements) mit Afrika

Die EU hat nun endlich mit der Anwendung von zahlreichen Drohungen ihre EPA-Verträge (Economic Partnership Agreements) mit zahlreichen afrikanischen Staaten durchgepresst und diese Verträge sind in ihren fatalen Auswirkungen durchaus mit dem Kolonialismus früherer Tage zu vergleichen. Obwohl nach der UN-Welternährungsorganisation FAO viele der Länder südlich der Sahara potenzielle Kornkammern wären, müssen rund 80 Prozent der Lebensmittel in Afrika importiert werden. Auch Grundnahrungsmittel wie Mais, Weizen, Reis, Soja und Milch gehören zu den Importgütern. Der Grund dafür ist, dass wegen der Spekulation von Großinvestoren riesige Flächen brach liegen bzw. im Zuge des „landgrabblings“ Agrarprodukte für den Export produziert werden.

Ein großer Anteil importierter Lebensmittel kommt aus der Europäischen Union, wo hohe Export-Subventionen dazu führen, dass in Afrika zu Preisen angeboten wird, die nicht einmal die dort ohnehin schon extrem niedrigen Produktionskosten decken würden.

Die EU erlaubt den afrikanischen Staaten im Rahmen diese EPA-Verträge vielfach zoll- und quotenfreien Marktzugang, im Gegenzug müssen die Afrikaner aber den Großteil ihrer Märkte öffnen und Gebühren und Zölle abbauen. Das heißt die EU zerstört die kleinstrukturierte afrikanische Agrarproduktion durch Dumpingexporte und produziert dann mit sogenannten Investoren (Danone, Nestle, Bayer-Monsanto ...) auf den Böden der vertriebenen Kleinbauern in industrieller Weise Exportprodukte. Das Berliner „World Food Institut für Welternährung e.v.“ schätzt, dass die Transformation der afrikanischen Landwirtschaft gemäß westlicher Konzepte in schon sehr naher Zukunft zur „Freisetzung“, das heißt Vertreibung von **„400 Millionen Kleinbauern“** führt.

Diese werden vorerst in die Slums der explodierenden Großstädte abgedrängt, wo sie durch die vollkommen fehlende Lebensperspektive unter Eingehung aller Risiken versuchen nach Europa zu kommen um zu überleben. Von den, durch europäisches Tomatenmark zu Dumpingpreisen in den Ruin vertriebenen Tomatenbauern aus Ghana, die nach der Flucht mit zahlreichen Opfern nun in der süditalienischen „Tomatenprovinz“ Foggia als Arbeitsklaven Tomaten produzieren, die dann, als subventioniert exportiertes Tomatenmark weitere afrikanische Kleinbauern ruiniert, haben wir schon berichtet. Nach diesem Modell werden auch in der EU nicht vermarktbar Fleischteile zu Dumpingpreisen nach Afrika „gefördert“ und zerstören damit auch diese Bereiche der lokalen Landwirtschaft.

Neben diesen lebensnotwendigen afrikanischen „Bodenschätzen“ werden auch die des Meeres von Fischfangflotten der EU aber auch aus Asien gnadenlos geplündert. Zum Teil wird dies durch „erworbene“ Fischfangrechte über korrupte afrikanische Regierungen, zu 40 Prozent aber auch durch illegalen Fang mit Supertrawlern einfach aufgezwungen. Bis zu **250 Tonnen Fisch fängt ein einziger europäischer Supertrawler pro Tag**. Das ist die

Menge, die **56 mauretische Fischerboote** gemeinsam aus dem Meer fischen – **pro Jahr**. Für die unter unmenschlichen Bedingungen in Afrika geförderten Rohstoffe unserer High-Tech-Industrie liefern wir Müll, Elektroschrott, Industrieabfall und in den somalischen Küstengewässern wurde auch schon radioaktiver Abfall, der neben anderen Schwermetallen auch Cadmium und Quecksilber enthielt ins Meer gekippt. Das militärische Engagement Europas wird scheinheilich als Ausbildung von Truppen der Afrikanischen Union für den Einsatz im Rahmen von Friedensmissionen getarnt. Das wahre Interesse besteht jedoch darin, die Ausbeutung der Bodenschätze militärisch abzusichern und zusammen mit korrupten „War Lords“ und dienstbaren „Häuptlingen“ die vor Hunger und kriegerischen Scharmützeln flüchtenden Menschen schon in Afrika in **Lagern zu konzentrieren**.

Chinas Seitenweg der Seidenstraße

Manche sehen im Engagement Chinas eine gewisse Hoffnung für die Entwicklung Afrikas.

Schätzungen zufolge leistete China 2013 Entwicklungshilfe im engeren Sinne im Umfang von 75 Milliarden Dollar an Afrika. Die EU hat im selben Jahr ca. 20 Mrd. Euro für Afrika eingesetzt. Die Kredite der Weltbank beliefen sich auf insgesamt ca. 4,5 Milliarden. Es gibt Stimmen, die angesichts des Volumens und der Wirkung der westlichen Entwicklungszusammenarbeit mehr von Almosen als von echter Hilfe sprechen.

In anderen Größenordnungen vergibt China – hauptsächlich über die staatliche „Export Import Bank“ mehrjährige Kredite, die über Rohstoff- und Agrarland- Ressourcen abgesichert werden. So haben sich Angola 14,5 Milliarden, Ghana 13 Milliarden, Nigeria 8,4 Milliarden, die Demokratische Republik Kongo 6,5 Milliarden und Äthiopien 3 Milliarden Dollar für Infrastrukturprojekte geliehen, die ausschließlich von chinesischen Baufirmen ausge-

führt werden. Mit einem Handelsvolumen von über 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr ist China zum größte Handelspartner Afrikas geworden. Bei kritischer Betrachtung zeigt sich aber, dass wie beim Verkehr mit anderen kapitalistischen Großmächten (es gibt ja nur mehr solche) die Interessen Chinas im Vordergrund stehen. China sichert sich durch die Infrastrukturprojekte nicht nur den Zugriff auf die afrikanischen Ressourcen, sondern auch den Warenverkehr über Eisenbahnen, Fernstraßen und Häfen für die Ausfuhr derselben und die Einfuhr der chinesischen Billigware, deren Absatz in Europa und den USA ohnehin nachlässt. China importiert ein relativ kleines Spektrum an unverarbeiteten Rohstoffen und bringt im Gegenzug eine große Bandbreite an fertig verarbeiteten Produkten auf die afrikanischen Märkte und verdrängt lokale Produzenten von den heimischen Märkten, beispielsweise in der Textilindustrie in Kenia, Südafrika und Sambia.

Die chinesische Billigkonkurrenz führte in einigen Staaten bereits zu massiven Arbeitsplatzverlusten, wie in der Textilindustrie in Südafrika, Lesotho und Nigeria oder in der Leder-industrie in Äthiopien und im Senegal. Durch die umfangreichen Rohstoff-Lieferungen nach China sind viele Länder stark abhängig von China und von den Rohstoffpreisen.

Der Abbau dieser Rohstoffe läuft auch nicht konfliktfrei. Der Vorwurf, China beute die Rohstoffe Afrikas aus und verletze dabei grundlegende Arbeitsrechte, wird immer häufiger erhoben. Mehrfach gab es in chinesisch geführten Kupferminen in Sambia Aufstände der Minenarbeiter. Sie protestierten gegen schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichende Schutzkleidung und extrem niedrige Löhne. Dabei kam es bei den Protesten teilweise zu gewaltsamen Ausschreitungen. 2010 eröffneten chinesische Sicherheitsbeamte bei Protesten das Feuer auf demonstrierende Arbeiter, es kam zu mehreren Verletzten. 2012 wurde bei Protesten ein chinesischer Aufseher getötet. Zwar leben inzwischen weit **mehr als eine Million Chinesen in**

Afrika, doch sie betreiben oft nur ebenfalls mit chinesischem Personal besetzte Import-Exportfirmen, Einzelhandelsgeschäfte oder Restaurants, die für Afrikaner kaum Arbeitsplätze schaffen. Ein großer Anteil der Chinesen ist mit der Errichtung und dem Betrieb der chinesischen Investitionen und mit der Beaufsichtigung der afrikanischen Arbeiter beschäftigt. Die große Zahl von über einer Million militärisch gut ausgebildeter und in Afrika akklimatisierter Reservisten stellt natürlich auch ein Militärpotenzial dar, welches im Konfliktfall ein schwer zu bekämpfender Investitionsschutz für Chinas afrikanische Investitionen wäre. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf 2 Mrd. Menschen verdoppeln. Afrika wird dann ein höheres Arbeitskräftepotenzial aufweisen als China im Jahr 2016. China erkundet jetzt schon das Potential Afrikas als Standort für standardisierte Industriefertigung mit Niedrigstlöhnen. Die Transformation Afrikas von der kleinbäuerlichen Versorgung der Bevölkerung in die Agrarindustrie und Agrarchemie für den Export wird, wie wir oben ausgeführt haben, von den Europäern intensiv betrieben, die Ausbeutung der verarmten städtischen Slum-Bevölkerung als Arbeitssklaven wird anscheinend von den Chinesen angestrebt.



*Klimademonstration in Wien: Die Teilnehmer*innen verurteilen die Verursacher der Klimakatastrophe*

Ohne den Weltpolizisten geht es nicht

Die Investitionen der USA in Afrika sind vorwiegend auf den Ölsektor gerichtet. Nicht weil sie es unbedingt selber bräuchten, sondern weil sie es

anderen vorenthalten und zu ihren Bedingungen verkaufen möchten. Unter dem Vorwand, die Welt vom Terror zu befreien, konzentrierte sich daher vorerst die amerikanische Trans-Sahara-Initiative zur Terrorbekämpfung (TSCI) auf die Bekämpfung mutmaßlicher Operationsbasen von Al-Kaida, unter anderem in Mali, Algerien, Niger, Nigeria, dem Tschad und Senegal. 2007 wurde ein eigenes Einsatzführungskommando für den afrikanischen Kontinent (AFRICOM) eingerichtet und derzeit sind rund 7.500 US-Soldaten, darunter 1.000 private Söldner (Kontraktoren) in Afrika im Einsatz. Die Truppen sind in ein Netzwerk von kleinen Militärbasen oder Stationen eingebunden und verteilen sich auf 53 der insgesamt 54 afrikanischen Länder. Von diesen Basen aus führen Spezialeinheiten wie Navy SEALs, Green Berets und andere derzeit fast 100 geheime und begrenzte Einsätze in 20 afrikanischen Ländern durch.

Nach Angaben des kanadisch-amerikanischen Magazins „Vice“ werden derzeit rund 3.500 US-Übungen und militärische Einsätze in ganz Afrika durchgeführt, durchschnittlich 10 pro Tag – ein erstaunlicher Anstieg von 1.900 Prozent seitdem das Kommando AFRICOM vor 12 Jahren eingerichtet wurde. Viele Aktivitäten, die mit „Beraten und Unterstützen“ beschrieben werden, sind nach grundlegender Definition nicht von militärischen Kampfeinsätzen zu unterscheiden.

Insgesamt bereitet man von diesen Basen aus die Logistik für große, flächendeckende Auseinandersetzungen in Afrika vor. Der Brexit ist von US-Seite auch deshalb hoch erwünscht, da man mit Großbritannien einen Verbündeten mit großer Flotte und Atomwaffen hätte, der in Afrika sehr hilfreich wäre. Außerdem hätte es das kolonialerprobte Land, welches auch jetzt immer wieder militärische Einsätze in Afrika ausführt, beim Krieg gegen Schwarze etwas leichter als die US-Armee mit einem Anteil von 40 Prozent nicht-weißer Soldaten. Dies könnte nämlich die in den USA ohnehin immer schwelende Rassenfrage außer Balance bringen.

EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion

Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Veranstaltung der "Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg" und des "Österreichischen Solidaritätskomitees", 9. Mai 2019, Amerlinghaus in Wien.

Nachfolgend bringen wir das Statement des Vertreters der "Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg", Michael Kösten:

„Die Neutralität ist ebenso wie der Staatsvertrag ein Verfassungsgesetz Österreichs. Beides sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Grundsätze unserer Verfassung: staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität. Die Neutralität wird immer mehr ausgehöhlt, dennoch sind 80% der Österreicher*innen für sie. Die Herrschenden fürchten den Widerstand der Menschen zur Beibehaltung der Neutralität, deswegen führen sie die Neutralität weiter im Mund.

Die EU-Militarisierung schreitet auf Betreiben der Großmächte Schritt für Schritt voran. Der Beschluss von PESCO 2017, der Vertrag den die Herrschenden unterschrieben haben, bedeutet u.a.: Unser Heeresbudget soll längerfristig auf 2% erhöht werden, d.h. statt derzeit 2,6 Milliarden Euro dann über 7 Milliarden Euro. Für die Entwicklung von Forschungs- und Rüstungsgütern der EU wird Österreich allein von 2019 bis 2021 schon ca. 690 Millionen Euro bereitstellen. „PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der Euro für die Wirtschaft“ schrieb dazu die Berliner Morgen-post 2017. Die EU erhöht ihr Militärbudget immer weiter aber sie will uns das zum Teil unter anderen Themen/Vorwänden verkaufen: unter Friedenssicherung, unter dem Flüchtlingsthema, Terrorismusbekämpfung, nicht unter dem Thema Kriegsunion! Bei allen diesen so genannten Friedensmaßnahmen landen wir dann irgend wann im Krieg. (z.B. der EU-Budgetposten Friedensfazilität, ein schönes Wort, dient dazu große Teile künftiger Militäreinsätze und die Aufrüstung befreundeter Staaten oder Rebellengruppen zu finanzieren, Budget ca. 10 Milliarden Euro).



Der größte Teil des EU-Militärbudgets wird unter dem Titel Industrieförderungen vergeben. Das ist wahr, für die Rüstungsindustrie ist das eine tolle Förderung. Das neue EU-Rüstungsbudget für 2012 bis 2027 beträgt insgesamt schon ca. 60 Milliarden Euro. Die Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Staaten betragen im Jahr 2017 übrigens ca. 214 Milliarden Euro.

Deutschland, der bestimmende Staat in der EU, der viertgrößte Waffenexporteur der Welt, hat allein 2019 ein Heeresbudget von 43 Milliarden Euro. Zügig wird der deutsch-französisch dominierte militärisch-industrielle Komplex ausgebaut. Es kommt zu einer Zentralisierung der Industrie, zu Fusionen von Waffenkonzernen. Drei große Projekte plant die EU, d.h. vor allem Deutschland und Frankreich:

1. Die Euro-Drohne
2. Der neue Kampfpanzer, der den französischen Leclerc und den deutschen Leopard ersetzen soll. Die deutsche Rüstungsfirma Kraus-Maffei-Wegman rechnet mit ca. 100 Milliarden Euro Umsatz in den nächsten 20 Jahren, also mit ca. 5 Milliarden Euro pro Jahr.
3. Das neue Kampfflugzeug NWGS, das den französischen Rafale und den deutschen Eurofighter ersetzen soll. Hier erwarten sich die beteiligten Firmen Umsätze von ca. 500 Milliarden in den nächsten 20 Jahren.

Jetzt hat die Deutsche Bundeswehr gerade mit der Deutschen Bahn ein Abkommen um 100 Millionen Euro vorerst auf zwei Jahre (2019 und 2020) abgeschlossen. Die Bahn reserviert der Bundeswehr 300 Waggons plus Loks für das Potenzial 1.300 jährliche Transporte bereitzustellen und es wurde die Umkehr der Vorfahrtsregel vertraglich festgelegt. Es geht darum, eine möglichst schnelle Verlegung von 10.000 und mehr Soldaten plus Gerät in die an Russland grenzenden Staaten zu garantieren. So soll zum Beispiel der Leitverband der NATO-Speerspitze, die deutsche Panzerlehrbrigade 9 so schnell wie möglich an die Ostfront verlegt werden. Das sind 10.000 Soldaten, 150 Kettenfahrzeuge, 3.300 Radfahrzeuge etc. Es geht hier sowohl um Transporte für die NATO als auch für die NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ und für die EU! Der Feind steht im Osten. Der Feind ist Russland. Im Übrigen: Umkehr der Vorfahrtsregel heißt: Wenn Sie im Personenzug sitzen, so hatte Ihr Zug bis jetzt Vorfahrt und der Militärzug musste warten. Nun ist das umgekehrt! Militär, Aufrüstung, Krieg hat Vorrang!

Die EU-Kommission hat auch beschlossen, in Abstimmung mit dem Militär bis 2019 Straßen, Brücken und Schienen auf ihre militärische Tauglichkeit zu überprüfen und die renovierungsbedürftigen Abschnitte zu sanieren, damit sie panzertauglich

werden. Allein dafür sind im nächsten EU-Budget (2021 bis 2027) 6,5 Milliarden Euro veranschlagt.

Ein neues NATO-Logistik-Kommando wird in Ulm etabliert, es soll die Bewegung von Truppen und Kriegsgerät an die NATO-Ostflanke besser und schneller organisieren. Dieses neue Kommando soll von der Gastnation, also von Deutschland, betrieben und nur bei Bedarf dem NATO-Bündnis unterstellt werden. Im neuen Weißbuch der Bundeswehr heißt es u.a.: „Russland stellt auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent dar“.

Es geht den USA und eben auch den großen europäischen Mächten Frankreich und Deutschland, darum, Märkte zu sichern und auszubauen, es geht um Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussphären, es geht um Aufrüstung und Kriege für noch mehr Profite. Die USA verwendet unter anderem die NATO für ihre Herrschaftspläne. Frankreich und vor allem Deutschland verwenden die EU für ihre Pläne. Sie marschieren mit den USA und stehen gleichzeitig in Konkurrenz zu ihr.

Um Krieg besser legitimieren, leichter finanzieren, unsere Steuergelder dafür ohne zu viel Widerstand dagegen ausgeben zu können, ver-

suchen die Herrschenden uns weis zu machen, dass wir bedroht sind, dass unserer Sicherheit bedroht ist, durch die Masse von Flüchtlingen, durch Terroristen – besonders durch islamische Terroristen, durch Putin, durch China. Sie versuchen eine Stimmung der Unsicherheit, der Angst zu erzeugen. Sie müssen Feindbilder schaffen, sie bauen Bedrohungsszenarien auf.

Zu den inneren Bedrohungsszenarien zählen: Die tägliche Angstmacherei vor Flüchtlingen, Hetzkampagne gegen den Islam, gegen alle anderen, Schüren von Unsicherheit und Angst bzw. das Schaffen von Sündenböcken, um von der unsozialen Politik der Regierung abzulenken (12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche, Zerschlagung der Sozialversicherung, Kürzung der Mindestsicherung auf die Sozialhilfe neu). Betroffen ist die Masse des wenig verdienenden Teils der Bevölkerung, also die Masse der Österreicher*innen.

Äußere Bedrohungsszenarien sind ebenso der Islam (hier werden 1,8 Milliarden als Terroristen diffamiert, die eventuell 0,01% ausmachen), Russland und China. Unter dem Vorwand die Überflutung durch Flüchtlinge abzuwehren, unter dem Vorwand den Terrorismus auf der

Welt zu bekämpfen, den sie in der Hauptseite selbst geschaffen und finanziert haben, unter dem Vorwand den Völkern Freiheit, Demokratie und westliche Werte zu bringen und diese zu bewahren, geht es doch nur um eines, um noch mehr Profit für die größten Konzerne und ihre Anteilhaber, um Profit auch um den Preis weiterer Kriege bis hin zum großen Krieg!

Österreich wird von niemandem bedroht, doch in das was uns alle Parteichefs und Finanziers da hineinziehen wollen, das ist höchst bedrohlich – und arbeitet erst Recht den Rechten in die Hände! Die EU ist schon seit Jahren auf Rechtskurs, auf Überwachungs- und Sozialabbaukurs, auf Militarisierungskurs.

Österreich ist neutral. PESCO ist mit unserer Neutralität überhaupt nicht vereinbar, und auch nicht mit unserer staatlichen Souveränität, PESCO ist politischer Landesverrat.

Wir müssen schauen, dass wir uns aus diesen Kriegsvorbereitungen und Kriegen heraus-halten. Die Neutralität ist heute wichtiger denn je, sie ist der wichtigste Beitrag, den wir für die Erhaltung des Friedens leisten können.“



LESERBRIEF

„Der brave Basti“

Anbei eine kleine Analyse über den pastoralen Hintergrund unseres erweckten Altkanzlers und höchstwahrscheinlich auch Neukanzlers.

„Insgesamt ist interessant, dass der Lueger-Schmäh noch immer einegeht. Man braucht bei den Inhalten der Luegerreden nur "Juden" durch "Moslems" ersetzen und ist beim Basti. Dieser katholische Austrofaschismus war auch das Vorbild des "Katholiken" Hitler.

Leider hat diese Linie auch internationalen Charakter. Es gibt etwa 1,2 Milliarden Katholiken und ca. 600.000 Evangelikale. Ein Zusammenarbeiten dieser beiden Gruppen ist weitaus effektiver als mit den offiziellen "Evangelischen" oder "Orthodoxen" und wenn das nicht läuft, dann gibt es Wahlergebnisse wie in Brasilien, den USA usw. Das Ziel ist die Erziehung vollkommen unpolitischer Gemeindeglieder, die vollkommen in privater Hand sind.

Ansprüche werden zu Almosen und das Gesundheitssystem durch Heiler erledigt. Die „schöne neue Welt“ hat also auch schon bei uns begonnen. Teile der offiziellen Kirchen, die durchaus eine soziale Verantwortung (Caritas, Diakonie) leben und sich auch für die Erhaltung der Schöpfung für kommende Generationen verantwortlich fühlen (Klima), werden durch diese Form des Awakenings völlig desavoiert. Deshalb gibt es auch heftige Kritik von evangelischer Seite, von Diakonie und Caritas gegen die Aktivitäten des Kurzen mit pervertierter Weitsicht.“ H.H., Wien



US-Militärfahrzeug auf A21 in Niederösterreich verunglückt!!

Was haben US-Militärfahrzeuge im neutralen Österreich zu suchen?

Diese Militärfahrzeuge waren unterwegs zur jährlichen Übung "Swift Response 19". Hier ein Auszug der US-Armee, welchen Charakter diese Übung besitzt (www.eur.army.mil der US-Armee zu Swift Response 2019):

In dieser Übung werden Luftstreitkräfte aus acht NATO-Staaten – Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten – eingesetzt, die als Global Response Force bekannt sind. Zu den Aktivitäten gehören Basisoperationen mit Zwischenlandung, mehrere Operationen in der Luft und mehrere Luftangriffsoperationen. Swift Response bietet eine wichtige Möglichkeit zur gemeinsamen Schulung, mit der komplexe Vorgänge von verteilten Standorten aus gesteuert und kontrolliert werden können. Die teilnehmenden Kräfte müssen zusammenarbeiten, um das volle Gewicht der gemeinsamen multi-nationalen Kraft zur Geltung zu bringen - wo und wann immer dies

erforderlich ist. Die Übungen finden in Kroatien, Slowenien und Ungarn statt!

Österreich ist neutral, wie kann die Regierung der Durchfahrt zustimmen?

Hier kann man erkennen, die Regierung hat in ihrer Auslegung der Neutralität kein Interesse diese wahrzunehmen. Dazu wurde auch das "Truppenaufenthaltsgesetz 2001" gemacht.

Es ist ein Anbieten an die NATO, kein Wille zu einer echten Neutralitätspolitik. Still und heimlich werden diese Gesetze beschlossen, diese Genehmigungen erteilt und gut verpackt dann veröffentlicht.

Aufklärung und ein Aufschrei ist dringend gefordert!!!

Im Zeitraum Mai und Juni 2019 finden am Balkan und in der Schwarzmeerregion drei große US-geführte multinationale Übungen statt: neben dem erwähnten Manöver „Swift Response 19“ noch „Immediate Response 19“ und „Saber Guardian 19“.

Im Manöver „Immediate Response

2019“ üben seit gut drei Wochen rund 6.500 Soldaten aus 15 Nationen auf verschiedenen Militärplätzen in Kroatien, Slowenien und Ungarn. Geleitet wird diese Übung von den NATO-Ländern Slowenien und Kroatien in enger Zusammenarbeit mit der U.S. Army Europe.

Die Militärgroßübung "Saber Guardian" ("Wächter des Säbels") findet alle zwei Jahre statt – diesmal zwischen 1. und 24. Juni. Die Streitkräfte von Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Rumänien, Slowenien und Nordmazedonien nehmen daran teil. Die Übung soll die Zusammenarbeit zwischen der U.S. Army Europe und den Partnernationen verbessern.

Weiters gibt es jährlich eine multinationale Großübung im Baltikum und in Polen („Saber Strike“). Etwa 20.000 Soldaten aus 19 Ländern nehmen daran teil, davon sind ca. 12.000 US-Soldaten. Die Manöver finden in Estland, Litauen, Lettland und Polen statt.

Das sind alles Manöver als Vorbereitung des Westens auf den Krieg gegen Russland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK, **Verwendungszweck:** Spende

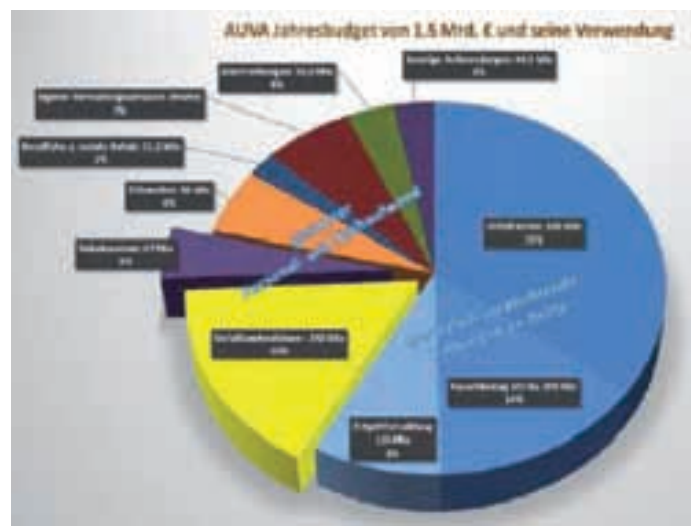
IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Neuerliche Diskussion um AUVA: Welches Torteneck steht zur Disposition??



Mehr zur obenstehenden Grafik siehe nächste Seite ...

„Sparen mit der AUVA statt an der AUVA“

„... wurde die AUVA neuerlich Gegenstand der politischen Diskussion in Österreich. Anders als im Vorjahr – wo der AUVA sogar die Auflösung angedroht wurde – ist nun sogar von einer zusätzlichen Zuständigkeit – nämlich jener für die Pflege – die Rede.

Dies mag auf den ersten Blick positiv erscheinen, erweist sich bei näherem Hinsehen aber als überaus problematisch. Der Vorschlag, der präsentiert wurde, geht davon aus, dass in der AUVA unter Beibehaltung des geltenden Beitragssatzes genügend finanzielle Ressourcen frei wären bzw. frei zu machen wären, um zur Finanzierung der Pflege in Österreich beizutragen

...

... es kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden, dass diese Darstellung schlicht und einfach falsch ist. Ein kurzer Blick auf das Budget der AUVA und seine Verwendung müsste eigentlich genügen, um zu erkennen, dass einer derartigen Behauptung jede reale Grundlage entbehrt.

... Die AUVA verfügt über ein Jahresbudget von knapp 1,5 Milliarden Euro. Davon sind 35% oder knapp 530 Millionen Euro alleine für die Rentenzahlungen aufzuwenden. Knapp 210 Millionen sind der Österreichischen Gesundheitskasse für deren Leistungen nach Unfallversicherungsfällen zu überweisen und 125 Millionen Euro braucht die AUVA für die Zuschüsse zur Entgeltfortzahlung an die Klein- und Mittelbetriebe. Das heißt im Klartext, rund 58% unserer gesamten Einnahmen sind wieder zur Auszahlung zu bringen, ohne dass noch eine einzige Mitarbeiterin oder ein einziger Mitarbeiter entlohnt oder irgendein Sachaufwand getätigt wurde. Das heißt, es stehen rund 625 Millionen Euro oder 42% der Einnahmen zu Verfügung, um alle sieben UKH-Standorte, die vier Rehabilitationszentren, die gesamte Prävention, die Maßnahmen der beruflichen und sozialen Rehabilitation, Körperersatzstücke und Hilfsmittel für unsere Versehrten, den Vertrauensärztlichen Dienst und noch einiges mehr zu finanzieren.

Tatsächlich müssen wir aufgrund der letzten Beitragssenkung, die mit 1.1.2019 in Kraft getreten ist, für das heurige Jahr bereits mit einem Bilanzverlust rechnen. Wo hier die freien Ressourcen gesehen werden, die für andere Aufgaben zur Verfügung stünden, bleibt ein Rätsel.

Wer also behauptet, die AUVA könne Mittel für Pflegefinanzierung freimachen, der soll auch sagen, was sie dann nicht mehr machen soll. Soll der Beitrag der AUVA zur Unfallversicherung in Österreich zurückgefahren oder eingestellt werden, sollen die RZ in Frage gestellt werden, oder möchte man die Prävention zurückstutzen – und damit die Sicherheit und Gesundheit der arbeitenden Menschen – eines unserer Kernanliegen – zur Disposition stellen. Diese Fragen stellen sich, und wer derartige Vorschläge macht, wird sich um die Antworten nicht herumdrücken können. Welches Torteneck steht zur Disposition?? (siehe Grafik umseitig, d. Red.)

... die Leistungen der AUVA sind unverzichtbar und sie dürfen nicht – dem Prinzip der Beliebigkeit und des Populismus folgend – in Frage gestellt werden, nur um sich einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Pflege zu entziehen.

... Die AUVA hat in ihrem ureigensten Aufgabengebiet noch einiges zu leisten. Es gibt seriöse Schätzungen die besagen, dass in Österreich eine jährliche Dunkelziffer von rund 1.800 Krebstoten existiert, die auf die Arbeitswelt zurückzuführen sind. Viele dieser Krebserkrankungen davon wären sogar klassische Berufskrankheiten, aber die AUVA erfährt nichts von diesen Fällen. Hier Anstrengungen zur Bewusstseinsbildung zu unternehmen, in Prävention aber auch in die Entschädigung der Opfer zu investieren, wäre dringend geboten. Von einer dringend notwendigen Überarbeitung der BK-Liste oder dem großen Thema der berufsbedingten Erkrankungen ist dabei noch gar nicht die Rede. Die AUVA würde also in Wahrheit mehr Mittel benötigen, als ihr gegenwärtig zur Verfügung stehen.

Der ZBR der AUVA hat ein Konzept für die Weiterentwicklung der AUVA erarbeitet, das auf einem Ausbau unserer ureigensten Kompetenzen beruht. Dieses Konzept würde massive humanitäre Gewinne im Sinne von Sicherheit und Gesundheit für die Menschen in unserem Land bringen, es könnte aber auch eine intelligente Form des Sparens für das Gesundheits- und Sozialsystem sein – also Sparen mit der AUVA statt an der AUVA.

Es wäre schön, wenn sich die Politik ernsthaft mit den Ideen auseinandersetzte, die in der AUVA unter Mitarbeit vieler Expertinnen und Experten entwickelt werden, und nicht ohne seriöse Grundlage Gelder verteilt, die nicht vorhanden sind bzw. die dringend gebraucht werden – nämlich für das bewährte System aus Prävention, Unfallheilbehandlung, umfassender Rehabilitation und finanzieller Entschädigung ...

... ich werde mich als ZBR-Vorsitzender immer und überall zu Wort melden, wenn in unsachlicher Weise Behauptungen und Vorschläge zur AUVA gemacht werden, egal von welcher politischen Gruppierung sie kommen.

Jede und jeder von Ihnen ist Meinungsbildnerin bzw. Meinungsbildner, und ich bitte Sie daher, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, das Gleiche zu tun.

Mit herzlichen Grüßen, Erik Lenz
ZBR-Vorsitzender der AUVA

*

